

men Gebiet Guangxi-Zhuang ansässig. Im Jahre 1980 betrug der Bruttoerzeugniswert von Landwirtschaft und Industrie aus diesen Regionen 57% des entsprechenden Wertes für das ganze Land, der Anteil des industriellen Bruttoerzeugniswertes betrug sogar 62%. Drei Viertel der gesamten Exporte des Landes kamen aus den Küstenregionen (RMRB, 17.1.82).

-lou-

### (27) 18 chinesische Exportgütermessen im 1. Halbjahr 1982

Nach einer Ankündigung des Ministeriums für Außenhandel wird China in der ersten Hälfte dieses Jahres 17 spezialisierte Exportgütermessen in neun Städten abhalten. Die folgende Aufstellung gibt nähere Auskunft über die Messen:

Zeit	Ort	Exponate
Februar	Guangzhou	Wollpullover
Februar	Guangzhou	Konfektionsbekleidung, Strickwaren
Ende Feb.	Hangzhou	handbestickte Schuhe
März	Hangzhou	Baumwoll- und Polyester-Baumwollstoffe
März	Shanghai	Wollstoffe
März	Chengdu	Federn, Daunen und Lederprodukte
März	Beijing	Flachs, Ramie, Jute und Erzeugnisse daraus
März	Beijing	Heilkräuter und Medizin
März	Hangzhou	Tee
März	Shanghai	Seidenstoffe und Satin
März	Zhengzhou	Lederschuhe
April	Beijing	Teppiche
April	Kunming	getrocknete und Konservenfrüchte
April	Changsha	Produkte aus Berggengen
April	Wusei	Stroh-, Weiden-, Rattan- und Bambusprodukte
April	Hangzhou	elektrische Haushaltsgeräte und Baumaterialien
Mai	Guangzhou	Getreide, Öle und andere Nahrungsmittel

Vom 5. bis 15. Januar 1982 wurde bereits eine Minimesse in Shanghai abgehalten, auf der Federn, Daunen, Felle und Lederprodukte ausgestellt waren. Nach Auskunft eines Sprechers des Außenministeriums haben die Abschlüsse auf den spezialisierten kleinen Messen von Jahr zu Jahr zugenommen. In diesem Jahre werden mehr Käufer aus dem Ausland eingeladen, und man erwartet ein Anwachsen der Umsätze (XNA, 28.1.82). Vgl. zu den traditionellen Messen in Guangzhou C.a., Dezember 1981, Ü 37.

-lou-

### (28) Unterschiedliche Angaben über Touristenzahlen

Von der Allgemeinen Verwaltung für Reise und Tourismus wurden divergierende Zahlen über den Tourismus bekanntgegeben. Die Divergenzen sind mit großer Wahrscheinlichkeit durch

fehlende Angaben über die Touristenkategorien zu erklären. Geht man von dieser Annahme aus, so ergibt sich das folgende Bild:

Tabelle: Touristen in der Volksrepublik China (in Mio.)

	1980	1981
Überseechinesen und Chinesen aus Hongkong, Macao und Taiwan	4,82	6,31
aus anderen Ländern	0,88	1,10
insgesamt	5,70	7,41

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua vom 8.1.82 gab es 203 Touristenhotels mit insgesamt 75.000 Betten; nach einer Meldung derselben Nachrichtenagentur vom 30. Dezember 1981 betrug die Anzahl der Betten nur 43.000. Nach der letztgenannten Meldung seien 3.800 Autos und Busse für den Tourismus bereitgestellt worden; die chinesische Zivilluftfahrtgesellschaft CAAC habe Fluglinien zwischen Hongkong und Tianjin, Nanjing sowie Kunming aufgenommen.

-lou-

## WIRTSCHAFT

### (29) Ländliches Versicherungswesen soll entwickelt werden

Unter dem Titel "Das ländliche Versicherungswesen entwickeln" nimmt ein Kommentator der Volkszeitung Stellung zu diesem Bereich, der viele Jahre nicht-existent gewesen sei. In Übereinstimmung mit der sich wandelnden ländlichen Situation hätten beispielsweise die Provinzen Jiangsu, Zhejiang und Heilongjiang ein ländliches Versicherungswesen auf Versuchsbasis errichtet. Die Erfahrung lege nahe, daß es gute Aussichten für die Entwicklung des ländlichen Versicherungswesens gebe. Einige Genossen meinten, das Wichtigste wäre, das städtische Versicherungswesen zum Erfolg zu führen und das ländliche Versicherungswesen zurückzustellen. Die Landwirtschaft sei ein wichtiger Teil der Volkswirtschaft, und obgleich die landwirtschaftliche Produktion sich in den letzten Jahren entwickelt habe, sei die Fähigkeit, mit Naturkatastrophen und Unfällen fertig zu werden, noch sehr gering.

Wörtlich fährt der Kommentator fort: "Die Versicherung auf dem Land ist eine sehr schwierige und spezialisierte Aufgabe, die nicht ohne eine passende Organisation durchgeführt werden kann. Gleichwohl können wir nicht so lange warten, bis wir die Organisation und das Personal haben. Um dieses Problem zu lösen, müssen wir zunächst der Initiative des vorhandenen Personals im Versicherungswesen freien Lauf lassen und die Aufgabe richtig anfassen, organisatorische und berufliche Führung bereitzustellen. Zum zweiten müssen wir auf das Personal der Volksbanken, der Landwirtschaftsbanken und der Kreditgesellschaften zurückgreifen. In vielen Ländern ist es das übliche Verfahren, Agenturen

zu beauftragen, die Versicherung durchzuführen. Die Kreditgesellschaften haben ein ausgedehntes Netzwerk in China, und sie bilden eine wichtige Kraft, auf die wir uns verlassen können. Wir müssen die Rolle der Kreditgesellschaften voll ins Spiel bringen. Ebenso müssen wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, dem Versicherungswesen mehr Publizität zukommen zu lassen und die Unterstützung der ländlichen Kader, der Kommunemitglieder und der Techniker zu gewinnen. Die Erfahrungen von Provinzen wie beispielsweise Jiangsu haben gezeigt, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen viel Raum für die Entwicklung des ländlichen Versicherungswesens gibt, wenn die Versicherungsabteilungen der verschiedenen Ebenen aufs Land gehen, um die Lage zu untersuchen und ihre spezifischen Kenntnisse eng mit der Einbeziehung von Agenturen verbinden" (RMRB, 22.1.82).

-lou-

### (30) Auf dem Land soll die Energie besser genutzt werden

Auf dem 3. Nationalen Energiesymposium schlug Professor Yang Jike von der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technologie die Verwendung von fünf Arten von Sparöfen auf dem Lande vor, um der Verschwendung von Brennstoffen Einhalt zu gebieten. Im allgemeinen wird 70% der in ländlichen Gebieten verwendeten Energie durch das Verbrennen pflanzlicher Reste erzeugt; die Energieausnutzung beträgt nur 10% bis 15%, was - anders ausgedrückt - eine Verschwendung von 70 Mio.t SKE bedeutet. Die in der Präpektur Huizhou, Provinz Anhui, verwendeten fünf neuen Ofentypen können die Nutzungsrate bis zu 30 bis 40% erhöhen.

Nach Angaben von Professor Yang sei nichts besser als Methan oder Biogas. Die organischen Rückstände brauchen nicht verbrannt zu werden und können als Dünger verwendet werden. Als ein Land, das schon früh mit der Nutzung von Biogas begonnen habe, habe China inzwischen mehr als 6 Mio. Biogas-Anlagen gebaut. Professor Yang forderte eine erhöhte Anlieferung von Zement, Ziegeln und anderen Materialien, die für die Gärbehälter gebraucht werden. Die Ausbildung von Biogas-Spezialisten solle gefördert werden, insbesondere deshalb, weil die gestiegenen Einkommen der Bauern die schnellere Popularisierung des Methan-Gases ermöglichen hätten.

Wie Yang weiter sagte, ist das Anpflanzen von Wäldern zu Brennstoffzwecken ein geeignetes Mittel, um die Energieknappheit auf dem Lande zu beheben. Das chinesische Land eigne sich für die Anpflanzung von Eschen, weißen Eichen und anderen Bäumen, die drei oder vier Jahre nach dem Anpflanzen bereits genutzt werden können. Bei der Aufforstung solle Bäumen, die sich als Brennstoff eignen, Priorität eingeräumt werden. In Westchina mit seiner intensiven Sonneneinstrahlung seien Solarenergie-Öfen besonders vielversprechend. Gegenwärtig gebe es nahezu 10.000 Solarenergie-Öfen in den westlichen Gebieten. Studium und Verwendung von Solarenergie müßten ermutigt werden. An Orten mit



entsprechenden Voraussetzungen sollten mehr kleine Kohlezechen und Wasserkraftstationen gebaut werden. Bis jetzt hätten 1.478 Kreise 90.000 kleine Wasserkraftstationen errichtet, die für Beleuchtungszwecke und für die Weiterverarbeitung von Getreide und Nebenerzeugnissen eingesetzt worden seien (XNA, 27.1.82).

-lou-

### (31) Die Provinz Jilin rationiert Schweinefleisch

Die Volksregierung der Provinz Jilin hat den Beschluß gefaßt, Schweinefleisch durch die Ausgabe von Koupons vom 1. Januar 1982 an zu rationieren. Wie die Volksregierung mitteilt, sei die Produktion von Schweinefleisch seit dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees der Partei dank der Durchführung verschiedener ländlicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen stark angestiegen. In jedem der beiden letzten Jahre seien in der Provinz etwa 1,65 Mio. Schweine für den Markt bereitgestellt worden. Weil aber die Provinz in den letzten vier Jahren Rekordrenten erzielt habe und immer mehr Leute in den Städten Arbeit angenommen hätten, sei die Kaufkraft der Menschen angestiegen, und ebenfalls seien die Schweinefleisch-Umsätze entsprechend gestiegen. In jedem der beiden letzten Jahre seien mehr als 2 Mio. Schweine auf die Märkte gekommen. Der jährliche Pro-Kopf-Konsum in den städtischen Gebieten habe durchschnittlich 18,5 kg betragen, ein Zuwachs gegenüber dem Konsum von 8,5 kg in den zurückliegenden Jahren, als das Schweinefleisch noch rationiert war. In der letzten Zeit seien die Schweinefleisch-Umsätze ständig gestiegen. Da die Produktion nicht mehr mitkomme, werde die Rationierung eingeführt, um die Märkte zu stabilisieren.

Im einzelnen schreibt die Volksregierung der Provinz folgendes vor:

1. Der Preis von Schweinefleisch soll nicht geändert werden. Schweinefleisch ist ein Hauptnahrungsmittel, und deshalb wendet der Staat darauf das Prinzip der Preisstabilität an.

2. Die Lebensmittelgeschäfte in den verschiedenen Gegenden sollen die Lieferung von Schweinefleisch in den vorgeschriebenen Mengen garantieren; Mangelsituationen und Schwarzhandel sollen vermieden werden. Während der Feiertagszeiten soll zusätzliches Personal eingesetzt werden; die Ladenöffnungszeiten sollen verlängert werden.

3. Alle Einheiten müssen die Vorschriften einhalten. Panikkäufe sind ebenso verboten wie das illegale Horten und der Tausch von Schweinefleisch gegen andere Güter. Auch Panikkäufe in den ländlichen Märkten sind verboten.

4. Das ländliche Marketing soll verbessert werden, der legitime Handel soll geschützt und die ergänzende Rolle der ländlichen Märkte gestärkt werden. Profiteure sollen bestraft werden, und diejenigen, die in ernste Fälle verwickelt sind, sollen mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt werden (Radio Changchun, 31.12.81, zit. nach SWB, 7.1.82).

Nach einer weiteren Radiosendung aus Changchun wurde darüber Klage geführt, daß an einigen Stellen in Jilin nur der Verteilung Aufmerksamkeit geschenkt und die kollektive Akkumulation vernachlässigt wurde. Wegen des Anstiegens des Produktionswertes und der Einkommen im Jahre 1981 sei es nötig, die Akkumulation auch entsprechend ansteigen zu lassen, so daß die Produktion weiter entwickelt werden könne. Die korrekte Verteilung und die richtige Handhabung der Relationen zwischen Konsum und Akkumulation würden die Produktion fördern und die Kollektivwirtschaft stärken. Sonst werde es schädliche Auswirkungen geben. Die von vielen Kommunen und Brigaden gemachten positiven und negativen Erfahrungen bewiesen dies (Radio Changchun, 4.1.82, zit. nach SWB, 22.1.82).

-lou-

### (32) Industriegesellschaft für Hartmetall-Legierungen gegründet

Nach Angaben der NE-Metall-Gesellschaft der Provinz Hunan wurde kürzlich in Zhuzhou (Hunan) eine Industriegesellschaft für Hartmetall-Legierungen gegründet. Die neue Gesellschaft wird gemeinsam von der China International Trust and Investment Corporation (CITIC), der NE-Metall-Gesellschaft der Provinz Hunan und den Zhuzhou-Hartmetall-Legierungswerken betrieben. China steht an erster Stelle, was die Lagerstätten, die Produktion und die Umsätze von Wolframerzen angeht.

Bislang machten die Exportumsätze der Zhuzhou-Werke in Legierungsmetallen nur ungefähr ein Prozent des Weltumsatzes aus. Um die Produkte konkurrenzfähiger zu machen, sollen die benötigten Ausrüstungen importiert und die technologischen Prozesse in Zhuzhou verbessert werden. Die Qualität der Produkte soll innerhalb von drei Jahren auf das Weltmarktniveau angehoben werden (XNA, 23.1.82).

-lou-

### (33) Neue Entwicklungen in der Kohleindustrie

Der Rückgang der Kohleproduktion (1981: etwa 600 Mio.t, 1980: 620 Mio.t) veranlaßt offensichtlich die chinesischen Verantwortlichen, diesem wichtigen Energieträger besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Leitartikel in der Volkszeitung vom 2. Januar 1982 ruft dazu auf, mehr Kohle zu fördern und zu produzieren. Der Planansatz für das Jahr 1982 sehe eine Steigerung des Bruttoproduktionswertes von Industrie und Landwirtschaft vor, und alles müsse daran gesetzt werden, diese Zahl zu überschreiten. Die Planerfüllung hänge zu einem großen Teil von der Förderung und vom Transport von Kohle ab. Da die Produktion anderer Industrieträger kurzfristig nicht erhöht werden könne, erhält die Kohle eine besondere Bedeutung.

Die Erhöhung der Fördermenge pro Flächeneinheit ist, so die Volkszeitung, ein besonders wichtiger Aspekt. Während der letzten zwei Jahre seien die Fördermengen pro Flächeneinheit im Bereich der staatlichen Zechen kontinuierlich gesunken. Dieses Absinken zeige klar, daß es noch ein Potential

gibt, das genutzt werden kann. Die ganze Arbeit solle deshalb darauf gerichtet sein, die Fördermengen zu steigern. An die unterschiedlichen Gebiete sollen unterschiedliche Anforderungen gestellt werden. In den von der Zentrale kontrollierten Zechen spielt die Förderung mittels Sprengung eine hervorragende Rolle. Falls die so erzielte Fördermenge pro Einheit wiederum auf das Niveau von 1980 oder Oktober 1981 gebracht werden kann, würde sich daraus eine erhöhte Fördermenge in Höhe von 9 Mio.t in den zentralgeplanten Zechen ergeben.

Seit 1976 seien in zentralgeplanten Bereich 43 neue Zechen mit einer Kapazität von über 22 Mio.t in Betrieb gegangen. Es müsse hart gearbeitet werden, damit die Kapazitäten auch schnell ausgenützt würden. Bei den alten Zechen sollten je nach den unterschiedlichen Bedingungen alle Mittel angewendet werden, um ein wenig mehr Kohle zu fördern. Die Eisenbahnabteilungen müßten mehr Kohle produzieren; der Kohletransport müsse 1982 in großem Ausmaß gesteigert werden. Der Zuwachs solle sich vor allem in den Provinzen Shanxi, Innere Mongolei, Ningxia und Henan konzentrieren (RMRB, 2.1.82, zit. nach SWB, 14.1.82).

Nach Angaben der Ministerien für Kohleindustrie und für Geologie seien im Jahre 1981 Kohlereserven in Höhe von 14,8 Mrd.t nachgewiesen worden. Kohlereserven in Höhe von 10,2 Mrd.t seien durch geologische Teams unter der Zuständigkeit des Ministeriums für die Kohleindustrie ausgemacht worden; diese Menge habe den Staatsplan um 90% übertraffen. Geologische Teams unter der Zuständigkeit des Ministeriums für Geologie machten Reserven in Höhe von 1,7 Mrd.t in den alten Kohlegebieten von Henan, Anhui, Guangxi und Sichuan aus. Im Baiyanhua-Becken in Darhan Muminggan Lianheqi (Innere Mongolei) wurden Kohlelager gefunden, die auf einer Fläche von 100 qkm schätzungsweise etwa 2 Mrd.t ausmachen (XNA, 9.1.81).

Auf einer Konferenz über mechanischen Kohleabbau in Beijing wurden am 4. Januar 1982 Angaben über den Stand der Mechanisierung gemacht. Die Mechanisierungsrate beim Kohleabbau erreichte im Jahre 1981 39,8%, das seien 2,7% mehr gewesen als im Jahre 1979. Die mechanisch abgebaute Menge erreichte 110 Mio.t, 4,7 Mio.t mehr als im Jahre 1980. 49 Mio.t wurden durch kontinuierliche Abbauprozesse gewonnen, 30% mehr als im Jahre 1979. In Chinas größtem Kohlezentrum, in der Provinz Shanxi, wurden 64,8% der Kohle mechanisch abgebaut. In 65 Zechen, darunter Lu'an, Yangguan und Jincheng in der Provinz Shanxi, Jixi und Shuangyashan in Heilongjiang, Xiantai in Hebei, Badaohao in Liaoning und Hami in Xinjiang, hat der Mechanisierungsgrad mehr als 70% erreicht. Die guten Leistungen der mit Abbaumaschinen arbeitenden Gruppen sei auf eine Ausbildungskampagne zurückzuführen; im November 1981 hätten insgesamt 14.114 Bergarbeiter eine Prüfung abgelegt. Nach Angaben des Ministeriums für die Kohleproduktion werden die Ausbildungsmaßnahmen in diesem Jahre ausgeweitet (XNA, 5.1.82).

In Übereinstimmung mit einer Auffor-



derung des Zentralkomitees der KPCh haben sechs stellvertretende Minister aus dem Ministerium für Kohleindustrie ihren Rücktritt eingereicht, was genehmigt wurde. Die Funktionäre hatten sich alle schon zur Zeit der Bürgerkriege oder während des antijapanischen Krieges der kommunistischen Bewegung angeschlossen, sind also im Durchschnitt älter als 70 Jahre. Im einzelnen handelt es sich um: Zhong Ziyun, Yang Yifu, Wang Xiusan (der näherungsweise die Funktion eines persönlichen Referenten von Minister Gao Yangwen innehatte), Jia Linfang, He Bingzhang (bislang verantwortlich für Wissenschaft und Technologie, insbesondere auch für Forschungsinstitute) und Zhao Zishang (NCNA, 9.1.82, zit. nach SWB, 14.1.82).  
-lou-

### (34) Chinas Eisenbahnnetz

Seit Gründung der Volksrepublik vor 32 Jahren sind nach einem Bericht der Volkszeitung 29.000 km Eisenbahnlinie gebaut worden. Von 1876 bis zum Jahre 1949 wurden 21.000 km gebaut, wovon aber nur 10.000 km in Betrieb genommen wurden. Die meisten der früher gebauten Strecken befanden sich in den Küstenregionen des Ostens und Nordostens. Im westlichen Bereich des Landes, der etwa drei Viertel der Gesamtfläche ausmacht, gab es nur wenige Eisenbahnlinien. Insgesamt hat China also heute ein Streckennetz von 50.000 km. Außer Lhasa, der Hauptstadt des Autonomen Gebiets Tibet, sind alle Hauptstädte der Provinzen miteinander durch Eisenbahnlinien verbunden.

In den vergangenen 32 Jahren sind 4.000 Eisenbahntunnel mit einer Gesamtlänge von 1.800 km gebaut worden. Weiterhin wurden gebaut: 14.000 Eisenbahnbrücken, 9.000 km zweispurige Eisenbahnlinien und 40 Knotenpunkte; 1.600 km Eisenbahnlinie sind inzwischen elektrifiziert worden. Zu den Verkehrsleistungen des Jahres 1981 werden folgende Zahlen genannt: 945 Millionen Passagiere (sechsmal soviel wie 1950) und 1,048 Mrd. t Frachtaufkommen, 10,5mal soviel wie 1950 (RMRB, 11.1.82).  
-lou-

### (35) Chen Yun nimmt Stellung zur Planwirtschaft

Am 25. Januar 1982 diskutierte Chen Yun, stellvertretender Vorsitzender des ZK der KP, mit führenden Mitgliedern der staatlichen Planungskommission über Chinas Planwirtschaft, und zwar vorwiegend darüber, wie das Hauptgewicht auf die Planwirtschaft zu legen ist, während die Marktwirtschaft hilfsweise benutzt werden kann. In der Industrieproduktion sei die Planwirtschaft zu betonen. Obwohl es in der Landwirtschaft das Verantwortungssystem gebe, soll auch dort das Hauptgewicht auf dem Plan liegen.

Wörtlich sagte Chen Yun: "Die Pläne müssen nach den Kriterien der Wichtigkeit und Dringlichkeit entworfen werden. Falls wir unsere Arbeit nüchtern tun und der Prioritätsordnung folgen, wird die Wirtschaft sich schnell entwickeln. Falls wir nach schnellen Erfolgen streben, wird sich die Wirtschaft langsam entwickeln. Der Lebensstandard der Menschen muß

verbessert werden. Zunächst einmal wünschen die Menschen Nahrungsmittel in ausreichender Menge. Die Nahrungsmittel müssen von guter Qualität sein, doch weigern wir uns, Feinschmecker zu werden. Zum zweiten möchten wir den Aufbau durchführen. Wenn ein Land alle seine Reserven aufzehrt, gibt es keine Zukunft. Nur wenn die Menschen sich satt essen können, wird das Land die Energie zum Aufbau haben. Dann hat das Land Zukunftsaussichten" (NCNA, 25.1.82, zit. nach SWB, 28.1.82).  
-lou-

### (36) Preiskontrollen werden verstärkt

Am 8. Januar 1982 erließ der Staatsrat eine Verordnung über die Stabilisierung der Güterpreise. Diese Verordnung entspricht einer Resolution, die auf der vierten Tagung des V. Nationalen Volkskongresses angenommen worden war. Danach dürfen die vom Staat kontrollierten Einzelhandelspreise aller Güter, die zu sog. Verhandlungspreisen verkauft werden, nicht erhöht, sondern nur gesenkt werden.

Weiter heißt es in der Verordnung vom 8. Januar 1982, daß die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Güter stabil gehalten werden müssen. Zunächst müssen die vom Staat festgesetzten Ablieferungsquoten erreicht sein, bevor landwirtschaftliche Produkte zu Verhandlungspreisen oder auf freien Märkten verkauft werden können. Saisonale Preisschwankungen werden vom Staat oder von den lokalen Regierungen reguliert. Entsprechend der Regierungspolitik sollen die freien Märkte überwacht werden. Gegen illegale Aktivitäten, wie z.B. Spekulation, Profitsucht und Preistreiberei, soll vorgegangen werden (XNA, 9.1.82).

Am 13. Januar 1982 folgte vom Ministerium für Nahrungsmittel ein Rundschreiben, das die Verordnung des Staatsrates für diesen Bereich konkretisierte. Das Zirkular wendet die genannten Grundsätze auf die Preise von Getreide und Speiseöl an. Regierungsinstitutionen, Einheiten der Volksbefreiungsarmee, Massenorganisationen, Schulen und Betrieben ist es nicht gestattet, Getreide und Speiseöl auf den ländlichen Märkten oder von Kommunitätsmitgliedern zu kaufen; noch weniger ist es gestattet, Getreide und Speiseöl um des Profits wegen zu kaufen und zu verkaufen. Alle Nahrungsmittelabteilungen unter der vereinigten Führung und Leitung der Volksregierungen der verschiedenen Ebenen müssen, dem Zirkular zufolge, eine allgemeine Überprüfung der Getreide- und Ölpreise durchführen, so daß Probleme entdeckt und an die zuständigen Abteilungen gemeldet werden können (Radio Beijing, 14.1.82, zit. nach SWB, 21.1.82).

In Übereinstimmung mit den Richtlinien des Staatsratszirkulars führte das Personal des Preiskontrollamtes der Stadt Beijing eine Preiskontrolle bei einem Geschäft für Zusatznahrungsmittel auf dem Boulevard außerhalb des Chongwen-Tores durch. Die verkaufte Ware hatte Untergewicht und war außerdem von geringer Qualität. Vier der beteiligten Angestellten wurde der Januar-Bonus gestrichen; einem der Angestellten wurde zusätzlich der Lohn um 10% gekürzt.

Ein Geschäft im Bezirk Dongxi, eine Filiale des Agro-industriellen Gemeinschaftsunternehmens Große Mauer, verkaufte am Morgen des 8. Januar 1982 Qualitätsäpfel zu 0,55 Yuan pro Pfund, 0,05 Yuan über dem festgesetzten Preis. Die besten Äpfel sollten sogar 0,60 Yuan kosten. Als dies dem Verantwortlichen gesagt wurde, antwortete dieser, die Fehler würden korrigiert. Bei einer erneuten Kontrolle am Nachmittag des 8. Januar zeigte sich, daß die Äpfel immer noch mit 0,60 Yuan ausgezeichnet waren. Das Unternehmen erhielt eine Strafe von 100 Yuan; die Mehreinnahmen aus den Apfelverkäufen wurden konfisziert. Den verantwortlichen Personen wurde ein Monatsbonus gestrichen.

Die Yizhuang-Abteilung der Nanjiao-Farm verkaufte neulich auf dem Markt des Dorfes Hongqiao frischen Karpfen zu einem Preis von 2,40 Yuan pro Pfund - 0,30 Yuan über dem Höchstpreis. Das illegale Einkommen wurde konfisziert und eine Geldstrafe von 100 Yuan erlassen (NCNA, 13.1.82, zit. nach SWB, 16.1.82).  
-lou-

### (37) Staatsrat verbietet kleine Ölförderungsunternehmen

Kürzlich erließ der Staatsrat eine Verordnung an alle zuständigen Finanz- und Wirtschaftsabteilungen der verschiedenen Ebenen, in der es heißt, daß die Entwicklung kleiner Ölraffinerien einzuschränken und die Errichtung der kleinen, einheimischen Ölförderunternehmen zu verbieten sind. In den letzten Jahren hätten Kommunen, Produktionsbrigaden und -gruppen mittels eigener Fonds blind eine Anzahl kleiner Ölraffinerien und eine große Anzahl kleiner Ölförderbetriebe gegründet. Einige Einheiten in den Ölfördergebieten hätten sogar eine große Anzahl von kleinen Ölförderbetrieben ohne Genehmigung gegründet. Die meisten der lokalen Raffinerien zeichnen sich durch einfache Verarbeitungsmethoden, rückständige technische und wirtschaftliche Standards, unvollkommene Betriebsverwaltungsstandards, geringe Produktqualität, hohen Energieverbrauch pro Einheit und eine große Verschwendung bei der Verwendung von Ressourcen aus. Die Verarbeitung in den kleinen Raffinerien führe nicht nur zur Verschwendung von Rohöl, sondern verschmutze auch die Umwelt und gefährde die Sicherheit der Ölfelder. Einige kriminelle Elemente würden sogar größeren Schaden anrichten, indem sie vielfältige Tricks anwendeten. Rohöl würde gestohlen, Spekulationsgeschäfte würden getätigt und Betrugsgeschäfte gemacht.

Die Anordnungen des Staatsrates lauten:

1. Die kleinen lokalen Ölförderbetriebe werden verboten. Was die jetzt noch existierenden kleinen Förderbetriebe, die über die Ölfelder und in anderen Gegenden verstreut sind, angeht, so sind die zuständigen Volksregierungen aufgerufen, Arbeitsgruppen mit führenden Kadern an der Spitze zu bilden, die innerhalb einer festgesetzten Zeit Maßnahmen ergreifen sollen, um die kleinen Förderbetriebe zu schließen.

2. Die Betriebsverwaltungen sollen ge-



stärkt werden, damit die Förderleistung zunimmt und der Prozentsatz von absetzbarem Rohöl steigt. Diejenigen, die Öl stehlen, es illegal weiterverkaufen oder transportieren, werden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften behandelt.

3. Von jetzt an ist es niemandem erlaubt, Öl mittels lokaler Methoden zu fördern und lokale Ölraffinerie-Ausrüstungen herzustellen. Kein Gebiet oder keine Einheit darf den Bau kleiner Ölraffinerien oder die Ausweitung schon bestehender kleiner Ölraffinerien genehmigen.

4. Kleine, in Bau befindliche Ölraffinerien mit nur einstufiger Weiterverarbeitungskapazität sollen sofort gestoppt werden.

5. Die bestehenden Ölraffinerien sollen gewissenhaft verbessert werden; die Rohölmengen, die von den bestehenden Raffinerien verarbeitet werden, sollen strikt kontrolliert und begrenzt werden. Rohmaterial und Produkte der kleinen Raffinerien sollen in die Staatspläne einbezogen werden; auch die Finanzeinnahmen sollen an die übergeordneten Behörden weitergeleitet werden. Ohne die Einsatzmengen zu erhöhen, sollen die kleinen Raffinerien nach und nach ihre Verarbeitungstechnologie verbessern, die Produktpalette erweitern und die Produktqualität erhöhen. Sie sollen die Betriebsführung verbessern, den Energieverbrauch und die Weiterverarbeitungsverluste reduzieren und gleichzeitig dem Umweltschutz Beachtung schenken (NCNA, 3.1.82; zit. nach SWB, 7.1.82).

-lou-

### (38) Xue Muqiao schlägt Umwandlung der Volksbank in Zentralbank vor

Der bekannte Reformökonom Xue Muqiao hat in einem Brief an die erste Jahresversammlung der Vereinigung für wirtschaftliche Angelegenheiten Ende 1981 vorgeschlagen, die Volksbank in eine Zentralbank umzuwandeln. Das Bankensystem soll verbessert und die Rolle der Bank als Hebel bei der Entwicklung der Volkswirtschaft zur vollen Wirksamkeit gebracht werden. Nach Xue könne die Zentralbank die Geldemission kontrollieren, die Zinssätze regulieren und andere Maßnahmen zur Regulierung der Geldströme und zur Bekämpfung der Inflation ergreifen.

Dreißig Jahre lang, so Xue, habe man die Banken nur als Inkassobüros der Finanzabteilungen angesehen und war unfähig, sie als wirtschaftliche Hebel einzusetzen. In der Vergangenheit schien es, als bildeten die Finanzabteilungen die einzigen Kanäle zur Verteilung der öffentlichen Fonds, und alle Staatseinnahmen und -ausgaben wurden von ihnen verwaltet. Die lokalen Behörden und die Betriebe hatten nur geringe oder gar keine eigenen Fonds. Vor drei Jahren habe man im Bereich des Finanzwesens das System des "Essens in verschiedenen Küchen" angenommen sowie das System der Verteilung der Gewinne in den Unternehmen. Das System der Zuweisung von Mitteln für Investitionsprojekte sei in das System der Gewährung von Bankkrediten geändert worden. Als die örtlichen Behörden und die Betriebe mehr Mittel zu ihrer Verfügung hatten,

stiegen auch die Bankeinlagen beträchtlich. So waren die Banken nun in der Lage, einen großen Teil der Aufgaben der Finanzabteilungen zu übernehmen, indem sie kurz- und mittelfristige Kredite zum Kauf von Ausrüstungen und zur Durchführung der technischen Erneuerung gaben. Nach und nach sind sie die Zentren der Abwicklung der öffentlichen Mittel geworden.

Dennoch seien, so Xue weiter, die bestehenden monetären Institutionen (die kein perfektes Bankensystem darstellen und denen eine Zentralbank fehlt) und die Zinspolitik inkompatibel mit den Aufgaben, die die Banken haben. Man wisse, daß man die Investitionen mittels des Staatsplanes steuern könne, doch man wisse noch nicht, daß man die Investitionen auch durch die Banken kontrollieren könne. Ein großer Teil der vorhandenen Mittel der lokalen Behörden, insbesondere aber der Betriebe, würde nicht bestmöglich verwendet.

Die Zentralbank könne die öffentlichen Mittel kontrollieren und die Kreditinflation hauptsächlich durch die Überwachung der Geldemission und die Änderung der Zinssätze verhindern. Gegenwärtig seien die Zinssätze zu niedrig. Dies fördere nicht die Absorption öffentlicher Fonds und schränke nicht überflüssige Investitionsvorhaben ein. Die Betriebe zögen es vor, ihre Mittel in Aufbauprojekte zu geben, anstatt sie in der Bank einzulegen, weil sie dort nur 1,5% Zinsen bekämen. Der Zinssatz von 4,2% für Kredite sei ebenfalls zu niedrig. Er führt dazu, daß die Betriebe Bankkredite wahllos für ungeplante Investitionen verwenden. Dies sei der wichtigste Grund für die weit über die staatlichen Pläne hinausgehenden Investitionen des letzten Jahres. Um die blind vorgenommenen Investitionen kontrollieren und sich vor der Kreditinflation schützen zu können, sei es nötig, eine Zentralbank zu errichten, die den Namen verdiene und die die Zinssätze für Einlagen und Kredite verändern könne. Die Vorschläge Xues sind durch Vorstellungen von Professor Armin Gutowski ange-regt worden, der Berater der chinesischen Regierung ist (DGB, 19.1.82).

-lou-

### (39) Angaben zur Inflationsrate

In einem Artikel mit der Überschrift "Zenyang kan dangqian shichang wujia wenti" (Über die Frage der gegenwärtigen Marktpreise) erläutert Liu Zhuofu die bereits auf der 4.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses genannten Inflationszahlen (vgl. C.a., Dezember 1981, S.806). In den ersten neun Monaten des Jahres 1981 seien die Preise insgesamt im Vergleich zum Vorjahre um 1,1% gestiegen. Der Anstieg der staatlichen Listenpreise habe in dem genannten Zeitraum 0,9% betragen; die Verhandlungspreise seien um 1,6% und die Preise auf den freien Märkten um 5,3% gestiegen. Insgesamt seien die Preise im Jahre 1981 um 2% gestiegen, was gegenüber dem Preisanstieg von 6% im Jahre 1980 einen Fortschritt bedeute.

Liu greift jene Unternehmen an, die "versteckte" Preiserhöhungen vornehmen, um ihre Einnahmen zu erhöhen

und mehr Boni an ihre Arbeiter ausschütten zu können. Versteckte Preiserhöhungen kämen insbesondere dann vor, wenn ein Unternehmen eine nur scheinbar bessere Produktqualität anbietet. Dies würde den Vorwand für die Erhöhung bieten (HQ, Nr.2, 1982, S.33-36). Diese Einlassungen Lius weisen darauf hin, daß die tatsächliche Gesamtinflation höher gewesen sein muß, als jetzt offiziell zugegeben. Versteckte Preiserhöhungen lassen sich allgemein nur schwer messen. Insbesondere die chinesischen Statistiker dürften in diesem Fall weitgehend überfordert sein.

-lou-

### (40) Zinssätze für Bankeinlagen und -darlehen werden erhöht

Die Volksbank kündigte am 30. Dezember 1981 an, daß die Zinssätze für Bankeinlagen und -darlehen im ersten Quartal 1982 und die Zinssätze für Bankeinlagen der Privaten ab 1. April 1982 erhöht werden. Die Zinssätze für Bankdarlehen in Yuan an Joint Ventures sollen prinzipiell höher sein als die Darlehen an chinesische Unternehmen; die spezifischen Zinssätze sollen nach Beratungen festgesetzt und dann durch den Staatsrat genehmigt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die zu erwartenden Änderungen der Zinssätze für Einlagen im einzelnen:

Tabelle: Alte und neue Zinssätze für Einlagen (in %)

	alter Zinssatz	neuer Zinssatz
<u>Einlagen von</u>		
<u>Überseechinesen</u>		
Frist: ein Jahr	5,76	6,48
drei Jahre	6,48	7,20
fünf Jahre	7,20	8,28
<u>Einlagen von</u>		
<u>Privaten aus</u>		
<u>Stadt u. Land</u>		
Frist: ein Jahr	5,40	5,76
drei Jahre	6,12	6,84
fünf Jahre	6,84	7,92

Die Zinssätze für Darlehen an Industrie- und Handelsunternehmen, an landwirtschaftliche Kollektive und Einzelbauern werden ebenso angehoben. Nach Angaben der Volksbank ziele die Anpassung der Zinssätze auf die Ansammlung von mehr Geldmitteln und ihre bessere Verwendung ab.

Nach Angaben der Volksbank zielt die Neufestsetzung der Zinssätze auch auf die Beseitigung von Mängeln des gegenwärtigen Systems. Beispielsweise akzeptiere die Bank gegenwärtig noch keine Festeinlagen von Unternehmen und Institutionen; die Zinssätze für Einlagen und Darlehen seien vergleichsweise niedrig, und die Einlagefristen seien nicht lang genug. Unternehmen und Institutionen werden die Möglichkeit erhalten, Festeinlagen zu machen, und eine Acht-Jahres-Frist für Einlagen wird zusätzlich eingeführt.

Ferner wurde betont, daß - wie vom



Staatsrat bestimmt - die Volksbank die Kontrolle über die Zinssätze im ganzen Land ausübe. Spezialisierte Banken oder andere Finanzinstitutionen müssen die gleichen Zinssätze benutzen und dürfen keine eigenen Sätze festsetzen. Eine Ausnahme bilden Zinssätze für Bankdarlehen, die als Ersatz für Finanzallokationen gewährt werden, die vom Staatsrat genehmigt sind. Die Volksbank könne die Zinssätze innerhalb einer Marge festsetzen, die vom Staatsrat genehmigt sei (XNA, 31.12.81). -lou-

## NACHTRAG ZU "INNENPOLITIK"

### (41) Hofierung von Veteranen

Im Rahmen des Modernisierungsprozesses bemüht sich die gegenwärtige Führung, betagte Kader ins Altenteil abzuschieben. Kein leichtes Unterfangen in einem kommunistischen Staat, in dem - nach sowjetischem Vorbild - Führungspositionen auf Lebenszeit eingenommen werden.

Wenn die chinesische Presse ausführlich darüber berichtet, daß anlässlich des Frühlingsfestes der Parteivorsitzende Hu Yaobang (66 Jahre) und der Ministerpräsident Zhao Ziyang (63 Jahre) Partei-Veteranen besuchten, so hat diese Meldung natürlich eine programmatische Bedeutung. Sie läuft darauf hinaus: Man will die Alten aus der Parteiführung loswerden. Gegen deren Willen kann das offenbar nicht geschehen.

Hu und Zhao besuchten fünf Politbüromitglieder, nämlich Ye Jianying (84), Liu Bocheng (89), Xu Xiangqian (81), Nie Rongzhen (82) und Deng Yingchao, die Witwe Zhou Enlais (77). Das alles im Auftrage des 77jährigen Deng Xiaoping.

Beachtung verdient, daß erstmals Ye Jianying und Deng Yingchao offiziell zu Veteranen erklärt wurden. Wenigstens Ye wiegelte die Absicht der um zwanzig Jahre jüngeren Besucher, ihn ins Altenteil abzuschieben, mit der Bemerkung ab: "Warum kommt ihr zu mir, wo ihr doch so beschäftigt seid?" (XNA, 25.1.82) Die um sieben Jahre jüngere Deng Yingchao, ebenso alt wie Deng Xiaoping, bekundete, daß sie nach Genesung gern weiter dem Volke dienen wolle.

Wenn Deng Yingchao nach reger Aktivität am 29. November von der öffentlichen Szene abtrat, so war dies gewiß krankheitsbedingt. Anders bei Ye Jianying. Er leitete die letzte NVK-Sitzung im Dezember 1981 und gehörte am 12. Januar 1982 zu den sieben Politbüromitgliedern, die Delegierte zu einer VBA-Konferenz empfingen. Knapp zwei Wochen danach wird er zum Veteranen erklärt. Die Absicht ist klar: Deng Xiaoping will ihn, der sich für Hua Guofeng stark machte, mit dem zusammen er die "Viererbande" ausschaltete, abschieben.

Der Fast-Greis Deng erklärt Ye zum Greis, um ihn aus der politischen Szene zu entfernen. Der politische Beobachter kann nicht umhin, das politische Geschick Deng Xiaopings zu bewundern. -ba-

## TAIWAN

### (41) Quorum des Gesetzgebungs Yuan herabgesetzt

Das Gesetzgebungs Yuan (Parlament) hat am 8. Januar Art. 5 seines Organisationsgesetzes novelliert, um die Mindestzahl der anwesenden Mitglieder für die Eröffnung einer Plenarsitzung von 1/5 auf 1/7 der Gesamtzahl der Mitglieder zu reduzieren. Es handelt sich dabei um eine alte Frage, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit Taiwans viel diskutiert wurde. Das Haus wurde 1948, als die Guomindang (Kuomintang)-Regierung noch auf dem Festland herrschte, zum ersten und gleichzeitig auch zum letzten Mal nach der Verfassung der Republik China von 1947 gewählt. Da nur ein Teil der damals gewählten Abgeordneten 1949 mit der Guomindang-Regierung vom chinesischen Festland nach Taiwan flüchtete, und sich diese Anzahl ständig durch Tod und Ausscheiden verminderte, wurde das Haus von Arbeitsunfähigkeit oder Aussterben bedroht. Zwar wurden seit 1969 ergänzende, bzw. zusätzliche Abgeordnete gewählt, aber es gibt zunehmend alte Abgeordnete, die nicht mehr in der Lage sind, sich an den Routinesitzungen des Hauses zu beteiligen. Um das Quorum zu erfüllen, wurden falsche Unterschriften in die Anwesenheitsliste eingetragen. Nachdem die 1980 gewählten zusätzlichen Abgeordneten im letzten Jahr dieses betrügerische Manöver verhindern wollten, ist das Problem akut geworden. Es hat auch in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit erregt. Mit der Novellierung des Quorums kann nun das Haus schon mit 126 anwesenden Abgeordneten, gegenüber 177 nach der alten Bestimmung, tagen. Ein anderer Antrag von vier parteilosen oppositionellen Abgeordneten zur Lösung des Problems, die Gesamtzahl der Mitglieder des Hauses der Realität entsprechend auf 396 herabzusetzen und gleichzeitig das Quorum der Plenarsitzung von 1/5 auf 1/3 anzuheben, wurde abgelehnt. Es wurde argumentiert, daß die Repräsentation des Hauses für das ganze China, also einschließlich des chinesischen Festlandes, durch eine Veränderung der Gesamtzahl der Mitglieder des Yuan beeinträchtigt würde (ZYRB, 9.1.).

Zwischen den alten und neuen Mitgliedern des Gesetzgebungs Yuan hat es in der letzten Zeit häufig Konflikte gegeben. Denn die zusätzlichen Abgeordneten, die im Unterschied zu ihren 1948 gewählten Kollegen nur für drei Jahre gewählt sind, stehen der Regierung mehr oder weniger kritisch gegenüber. Besonders die parteilosen oppositionellen Abgeordneten haben im letzten Jahr die Regierungsmitglieder mit unangenehmen Anfragen bombardiert. Angeblich haben die alten Abgeordneten, die im Haus immer noch die Mehrheit bilden und sich bis zu einer Rückkehr der Guomindang-Regierung auf das chinesische Festland keiner neuen Wahl zu stellen brauchen, einen Entwurf für eine neue Sitzungsordnung eingereicht, um das Anfragerecht der Abgeordneten einzuschränken. Mündliche Zusatzanfragen sowie alle Anfragen von lokaler Bedeutung sollen ausgeschlossen werden. Nach scharfen Kritiken in der Öffentlichkeit über diese seltsame "Selbsteinschränkung", die ja die Funktion des Parlaments sowie das Prinzip der Demokratie demontieren würde, haben die Initiatoren den Ent-

wurf zurückgezogen (LHB, 4.1.82; Ba-shi-miandai, Taipei, Januar 1982, S. 7).

-ni-

### (43) Große Erfolge der Guomindang in den Kommunalwahlen

Am 16. Januar wurden die Volksvertreter auf Kreisebene sowie Bürgermeister und Gemeindevorsteher unterhalb der Kreisebene der Provinz Taiwan, d.h. in ganz Taiwan außer in den dem Exekutiv Yuan (Kabinet) unmittelbar unterstehenden Städten Taipei (Taipei) und Kaohsiung (Gaoxiang), neu gewählt. Unter den 799 neugewählten Abgeordneten gehören 645 oder 80% der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) an, 2 der Qingniandang (Jugendpartei) und 152 sind parteilos. 299 oder rund 96% der 312 gewählten Bürgermeister und Gemeindevorsteher sind Mitglieder der Guomindang, und 13 andere zählen zu den Parteilosen (LHB und ZYRB, 17.-18.1.82). Damit hat die Regierungspartei, wie in den Abgeordnetenwahlen auf Provinzebene, Kreis- und Bürgermeisterwahlen auf Kreisebene, im Dezember 1981 (siehe Yu-Hsi Nieh, "Die politischen Renovationsarbeiten" in Taiwan, C.a., Dezember 1981, S. 825 ff.) einen deutlichen Sieg errungen. Doch in zwei wichtigen Städten, Hsinchu (Xinzhu) und Chiayi (Jiayi), wurden zwei Kandidaten der parteilosen Opposition zum Bürgermeister gewählt. Das Ergebnis der neuen Wahlen hat noch einmal bestätigt, daß die parteilose Opposition eher in den Städten denn in den ländlichen Gebieten Einfluß hat. Dazu war der Wahlkampf auf der niedrigsten Ebene von kleinen Städten und Gemeinden viel härter als auf den anderen Ebenen. Sippchaft, Untergrundkraft und Geld hatten bei den Kommunalwahlen noch mehr Bedeutung als Partei und Politik. Es hat zahlreiche blutige Zwischenfälle während des Wahlkampfes sowie nach den Wahlen gegeben (LHB, 18.-19.1.82).

-ni-

### (44) Personalveränderungen in der zweiten Regierungsgarnitur

Am 5. Januar wurde General Wu Yue als Oberbefehlshaber der Luftwaffe Taiwans durch General Guo Rulin (61) abgelöst (ZYRB, 6.1.82). Der Amtswechsel war offenbar eine Folge der Flucht eines taiwanesischen Kampfflugzeuges vom Modell F-5-F im August 1981 nach dem chinesischen Festland. Bereits bei der Teilumbildung der Regierung zwischen November und Dezember 1981 war das Amt des Verteidigungsministers umbesetzt worden (vgl. C.a., Dezember 1981, S. 829).

Um den Außenhandel mit der Außenpolitik noch enger zu verbinden, wurde der ehemalige Direktor des Außenhandelsbüros am Wirtschaftsministerium, Shao Xuekun (Shao Shioh-kwen), zum Staatssekretär des Außenministeriums ernannt. Die von ihm freigemachte Stelle hat Xiao Wanchang übernommen (ZYRB, 6.1.82).

Während der Teilumbildung der Regierung zwischen November und Dezember hatte es in der zweiten Regierungsgarnitur schon einige Veränderungen gegeben: Xu Xinzhi und Wang Shanwang